



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lambrecht: Verdoppelung der Contergan-Entschädigungsrenten auf den Weg gebracht

Berlin/Viernheim, 06. August 2008 - Anlässlich der Verabschiedung des Conterganänderungsgesetzes erklärt die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete und stellvertretende rechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Christine Lambrecht:

„Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zum ersten Gesetz zur Änderung des Conterganstiftungsgesetzes sieht die Verdoppelung der bisher gezahlten Entschädigungsrenten für die nach deutschem Recht betroffenen Contergangeschädigten vor.

Damit ihnen die gezahlten Leistungen auch in vollem Umfang zur Verfügung stehen können, wird eine Anrechnungsregelung der Renten im Gesetzentwurf ausgeschlossen. Damit wird die Verdoppelung der Rente eine echte Zusatzleistung. Das Gesetz soll bereits am 1. Juli 2008 in Kraft treten. Laut Gesetzentwurf soll die bislang niedrigste Rente von 121 auf 242 Euro erhöht werden, die bisher höchste 545 auf 1090 Euro. Die Kosten belaufen sich in 2008 auf 7,5 Mio. Euro, in 2009 auf rd. 15 Mio. Euro.

Contergan löste in den 60er-Jahren den größten Medizin-skandal aus. Weltweit kamen 10 000 Kinder fehlgebildet zur Welt; 2 700 Opfer überlebten. Diese Opfer haben zusammen mit ihren Familien unter schwierigsten persönlichen Bedingungen ihren Platz im Leben erkämpfen müssen. Dazu gehörten zehn Jahre lang geführte juristische Auseinandersetzungen zwischen der verantwortlichen Firma Grünenthal, die das



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Medikament herstellte und vertrieb, und den betroffenen Familien.

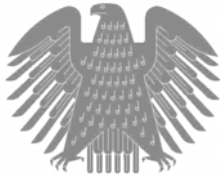
Erst Ende 1972 setzte die SPD-geführte Bundesregierung mit der Errichtung der Stiftung „Hilfswerk für behinderte Kinder“ den juristischen Auseinandersetzungen ein Ende. Das Stiftungsvermögen wurde damals aus 100 Millionen DM Bundesmitteln und aus 100 Millionen DM der Firma Grünenthal gespeist. Den Conterganopfern wurde eine lebenslange Entschädigungsrente gezahlt, deren Höhe sich aus der Schwere der Behinderung ableitet. Leider wurde damals auch vereinbart, dass weitere Ansprüche gegen das verantwortliche Pharmaunternehmen rechtlich ausgeschlossen werden.

Die Opfer sind heute um die 50 Jahre alt. Sie haben erhebliche körperliche Beeinträchtigungen und Schmerzzustände – das haben Sie ebenfalls beschrieben –, weil sie Wirbelsäule, Gelenke und Muskulatur fehlbelasten mussten. Oft hat dies erhebliche psychische Belastungen zur Folge.

Bei Berufstätigen gibt es die Frühverrentung mit wesentlichen finanziellen Einbußen und auch geringer gesellschaftlicher Teilhabe. Conterganopfer sind auf Hilfe angewiesen. Diese Hilfe haben sie bisher in ihrer Familie gefunden. Da auch diese Familienmitglieder älter werden, sind die Betroffenen immer mehr von außerhäuslicher Hilfe abhängig.

Wir wollen gemeinsam das Leben der Contergangeschädigten erleichtern. Deshalb wollen wir die Rentenzahlungen ab dem 1. Juli 2008 verdoppeln. Damit können wir das Leben der Betroffenen im Alltag deutlich verbessern.

Neben dem Gesetzentwurf wird auch ein Antrag der Koalitionsfraktionen Gegenstand der weiteren parlamentarischen Beratungen sein. Mit Blick auf die Spät- und Folgeschäden der Contergangeschädigten bleibt zu prüfen, ob noch weitere



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Maßnahmen des Gesetzgebers erforderlich sind, um der besonderen Lebenssituation der Betroffenen gerecht zu werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Notwendigkeit zum Handeln gesehen und sich für diese gesetzliche Regelung intensiv eingesetzt“.